

# SPD demokratischer Pressedienst

P. XXVI/100  
27. Mai 1971

Unterstützung für Bonns Ostpolitik

-----  
Zur Tagung der Sozialistischen Internationale  
in Helsinki

Seite 1 und 2 / 87 Zeilen

Um die Führung im Land

-----  
Ein mutiges SPD-Programm - Klar erreichbare  
Ziele

Von Walter Krause  
Innenminister und Spitzenkandidat der SPD in  
Baden-Württemberg

Seite 3 / 42 Zeilen

Stoltenberg auf alten Gleisen

-----  
Ein konservatives Kabinett mit konservativer  
Politik

Seite 4 / 45 Zeilen

Gefahrenquelle: Kraftfahrzeugabgase (1. Forts.)  
----- und Schluß

Die Bundesregierung wird aktiv

Von Prof. Dr. Karl Bechert SPD-MdB  
Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/  
Familie/Gesundheit

Seite 5 und 6 / 87 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"  
-----

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heuserallee 2-10  
Postfach: 8163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 38  
Telex: 866 849/836 847/  
866 849 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unterstützung für Bonns Ostpolitik  
-----

Zur Tagung der Sozialistischen Internationale in Helsinki

Zu einem interessanteren Zeitpunkt hätte die diesjährige Generalratstagung der Sozialistischen Internationale nicht stattfinden können. Aus verschiedenen Gründen war die Stimme der Parteien, die sich zu sozialdemokratischen Prinzipien bekennen und die vom 25. bis 27. Mai in Helsinki wieder einmal, wie alle zwei Jahre turnusmäßig über die aktuellen politischen Konsequenzen berieten, mit überdurchschnittlichem Interesse erwartet worden.

Den allgemeinen politischen Hintergrund geben die verschiedenen Anzeichen und Signale der jüngsten Zeit ab, die darauf hindeuten, daß auch auf dem Gebiet der Rüstungspolitik Bewegung in die Fronten zwischen den einander gegenüberstehenden Bündnissen zu kommen scheint. Daß ist das Wort der Sozialdemokraten verständlicherweise von besonderem Gewicht. Die 54 demokratisch-sozialistischen Parteien, die von über 14 Millionen Mitgliedern getragen werden und derzeit etwa 77 Millionen Wähler hinter sich wissen, sind ja nicht zuletzt ein Machtfaktor. An der Tagung von Helsinki nahmen immerhin fünf Regierungschefs nicht gerade unbedeutender Staaten teil. Das nachdrückliche Eintreten für Frieden und Entspannung gehört zudem traditionell zur Politik der Internationale. Der sowjetische Parteichef Breschnjew hat dem auf seine Weise Rechnung getragen, indem er zehn Tage vorher schon an die Konferenz von Helsinki appelliert hatte - freilich in einer doch etwas stark vereinfachten Argumentation: So, als würde ernsthaftes Streben nach Entspannung und Bündnistreue zur NATO einander ausschließen.

In der Tat war das in vielfältigen Variationen abgehandelte Generalthema von Helsinki die Frage, wie die Spannungen in der Welt gemindert und die Ursachen der Konflikte beseitigt oder doch entschärft werden können. Die Sozialistische Internationale ist kein monolithischer Block, sondern eine Plattform zum Gedankenaustausch für die sozialdemokratischen Parteien, die in verschiedenen Ländern unter teils sehr unterschiedlichen Regierungen Politik zu betreiben haben. Dies drückte sich bei aller kameradschaftlicher Solidarität darin aus, daß auch unterschiedliche Auffassungen in einigen Fragen ganz offen zu Tage traten: Etwa die deutlich erkennbaren Meinungsunterschiede in der Nahost-Frage zwischen der israelischen Ministerpräsidentin Golda Meir einerseits, die in einer leidenschaftlichen Rede für ihren Standpunkt warb, und skandinavischen - besonders neutralen finnischen - Politikern auf der

auf der anderen Seite. Das war ebenso unvermeidlich wie beispielsweise die Tatsache, daß das schier revolutionäre Pathos, das sich in der Rede des Sprechers der soeben neu in die Internationale aufgenommenen chilenischen progressiven Partei, Carlos Morales, artikuliert, keineswegs von allen Europäern mit Begeisterung aufgenommen wurde. In diesem wie im anderen Fall bildete solidarischeres Verständnis gleichwohl einen durchaus ausreichenden gemeinsamen Nenner.

Das Thema aber, das in Helsinki am meisten Aufmerksamkeit in Anspruch nahm, war die Frage, wie die europäische Friedensordnung organisiert werden kann. Ohne Übertreibung kann festgestellt werden, daß vor allem das Bemühen des deutschen Bundeskanzlers um die Verwirklichung eines gesamteuropäischen Konzepts, demzufolge zur Einigung Westeuropas allmählich auf dem Weg über die Politik der Entspannung als natürliches Ergänzungsstück auch das Anbahnen gesamteuropäischer Zusammenarbeit hinzukommen soll, noch etwas mehr als nur ungeteilten Beifall fand: Nämlich die von den verschiedenen Sprechern immer wieder bekräftigte Bereitschaft zum vollen eigenen Engagement in dieser Politik. Diese Zustimmung erstreckte sich übrigens nicht zuletzt auch auf Willy Brandts Definition der Aufgaben, die einer von der Bundesrepublik unterstützten gesamteuropäischen Sicherheitskonferenz unter Beteiligung unserer nordamerikanischen Partner - oder einer Serie solcher Konferenzen - gestellt sein müßten: Einerseits Gewaltverzicht und allseitige Zusammenarbeit zum gemeinsamen Vorteil, andererseits aber auch die Lösung ganz spezifischer Sicherheitsfragen, die nicht zuletzt der Sicherheit durch weniger Rüstungen dienen, wobei Brandt für die bevorstehende Konferenz der NATO-Außenminister "wesentlich Ergänzendes" ankündigte. Seiner auch vom Berliner Bürgermeister Klaus Schütz eindringlich unterstrichenen Hinweis schließlich, daß alles Reden um Entspannung wenig Sinn ergebe, wenn nicht auch und gerade der europäische Spannungs- und Gefahrenpunkt Berlin entschärft werde, ließ die Konferenz von Helsinki mit folgender Resolutionsformulierung eine erfreulich eindeutige Bekräftigung: Eine erfolgreiche Realisierung der Bemühungen der Vier Mächte und beider deutschen Staaten, die Lage in und um Berlin zu verbessern, werde in besonderem Maße die Bestrebungen der Entspannung und Zusammenarbeit in Europa erleichtern.

Kein Zweifel, dies ist ein hilfreiches Wort zum richtigen Zeitpunkt. Es zeigt, daß die Zustimmung der Sozialistischen Internationale zu dem, was man die Bonner Ostpolitik nennt, nicht unverbindlichen Applaus, sondern tatkräftige Hilfestellung für die schwierigste Teiloperation dieser Politik bedeutet.

Klaus Voigt, Chefredakteur des "Vorwärts"  
(-/wr/27.5.1971/bgy)

+ + +

Um die Führung im Land  
-----

Ein mutiges SPD-Programm - Klar erreichbare Ziele

Von Walter Krause

Innenminister und Spitzenkandidat der SPD in Baden-Württemberg

Unser Ziel für 1972 ist klar: Diesmal geht es nicht nur um mehr Mandate. Zum ersten Mal wird die SPD in Baden-Württemberg um die politische Führung kämpfen. Wir haben für unsere fortschrittliche, vorausschauende Politik viel Zustimmung gewonnen. Jetzt kommt es darauf an, diese Zustimmung zu aktivieren.

Die Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule und der gemeinschaftlichen Lehrerbildung im ganzen Lande waren Marksteine einer erfolgreichen sozialdemokratischen Bildungspolitik. Entscheidende Forderungen des Regierungsprogramms der SPD sind damit in Erfüllung gegangen. Das waren Erfolge, die nur durch den Eintritt der SPD in die Landesregierung erreicht werden konnten. Unter den vielen neuen Initiativen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ragt eine heraus: das umfangreiche Gesetzgebungswerk zur Neuordnung der vorschulischen Erziehung. Damit werden neue Signale gesetzt - auf dem Wege zur gleichen Chance für alle Kinder.

In einem beispielhaft demokratischen Verfahren ist der Landesentwicklungsplan mit Tausenden von Beteiligten erörtert worden. Dieses "Kursbuch für den Weg ins Jahr 2000" ist jetzt vollendet. Es enthält eine umfassende und weitgespannte Übersicht über die landespolitischen Ziele in allen wichtigen Bereichen - für das ganze Land und für jede Region.

Die SPD hat auch den Mut gehabt, das heiße Eisen der Verwaltungsreform anzupacken. In den Gemeinden ist die Reform in vollem Gange: Rund 600 Gemeinden haben sich zusammengeschlossen, Verwaltungsgemeinschaften gebildet oder entsprechende Beschlüsse vorbereitet. Wir sind fest entschlossen, nun auch das große Werk der Kreisreform zu vollenden. Inzwischen haben viele begriffen, daß der wagende Entschluß, mit dem "Denkmodell" eine weit in die Zukunft greifende Lösung zur Diskussion zu stellen, die entscheidende Voraussetzung für den Erfolg war.

Regionale Strukturpolitik, produktive Sozialpolitik, progressive Justizpolitik sind heute Gütezeichen für die Reformarbeit sozialdemokratischer Minister in den von Hans-Otto Schwarz, Walter Hirrlinger und Rudolf Schierer geleiteten Ministerien.

In den kommenden Monaten werden wir das Regierungsprogramm der SPD vorbereiten. Die Diskussion der Aktion Baden-Württemberg soll uns dabei helfen. Alle Mitglieder sind aufgerufen, mitzuwirken. Am Ende wird eine klare Entscheidung stehen: ein mutiges Programm - mit klaren, erreichbaren Zielen. Zugleich werden wir festlegen, mit welcher Regierungsmannschaft wir diese Ziele erreichen wollen.

Diesmal - ich wiederhole es - werden wir um die politische Führung in unserem Lande kämpfen. Diesmal kommt es auf jeden an!

(-/wr/27.5.1971/ks)

### Stoltenberg auf alten Gleisen

---

#### Ein konservatives Kabinett mit konservativer Politik

Der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Dr. Gerhard Stoltenberg, hat sein neues Kabinett vorgestellt, das sich im Landtag auf die absolute Mehrheit der CDU stützt. Die SPD-Opposition hat den SPD-Landesvorsitzenden, Joachim Steffen, als Fraktionschef und Oppositionsführer im Landtag einmütig bestätigt. Damit sind die Weichen für eine neue vierjährige Legislaturperiode im Norden gestellt.

Es kann vorausgesagt werden, daß sie nicht ruhig verlaufen wird. Die SPD-Opposition wird das Kabinett Stoltenberg daran erinnern, wie es mit der Durchführung der Wahlversprechen der CDU, die in 99 Punkten festgelegt sind, steht. Das finanzschwache Land, das bislang die Gelder aus Bonn nach dem Gießkannenprinzip verteilte, muß sich in die Infrastrukturplanungen der Bundesregierung einordnen; neue Industrien müssen angesiedelt werden.

Die Regierung in Schleswig-Holstein kann sich nicht damit begnügen, permanent gegen Bonns Pläne zu protestieren, um gleichzeitig mehr Geld von dort anzufordern. Ein Land, das nach einundzwanzigjähriger CDU-Herrschaft immer noch zur Hälfte aus den Kassen des Bundes und der wohlhabenden Länder lebt und den weitest geringsten Industriebesatz im Bundesgebiet vorzuweisen hat, muß seine Struktur erheblich verbessern.

Ob das Kabinett Stoltenberg diese Aufgaben lösen kann, muß kritisch beurteilt werden. Stoltenberg denkt im althergebrachten Rahmen; er spielt mit dem antiquierten Gedanken einer alleinigen "Aufrüstung des Dorfes". Dem Dorf ist heute jedoch nur entscheidend zu helfen, wenn die Bauernhöfe im Einflußgebiet industrieträchtiger Mittelstädte gesunden können.

Vom Kultusminister Prof. Walter Braun (CDU) ist bekannt, daß er der Einführung integrierter Gesamtschulen und Gesamthochschulen sehr skeptisch gegenüber steht und sich nur auf das Minimum einiger Versuche beschränken will.

Finanzminister Hans-Hellmuth Qualen, jener Mann, der die FDP verließ - weil sie mit der SPD koalieren wollte - gilt als Parteiloser, als eine Verlegenheitslösung. Die CDU hat in ihren Reihen offenbar keinen brauchbaren Finanzmann, so daß auch die Finanzpolitik in Kiel weiterhin nach alter Schablone gehandhabt werden wird.

An den neuen Innenminister, den bisherigen Staatssekretär Rudolf Titzack (CDU) ist die Forderung zu richten, daß er endlich den Anliegen der Groß- und Mittelstädte mehr Aufmerksamkeit schenkt, die fast ausschließlich von sozialdemokratischen Mehrheiten regiert werden. Die Dotationen im kommunalen Sektor müssen schwerpunktmäßig so vergeben werden, daß sie den größten Effekt für die Bevölkerung erbringen. Ob nach der schwachen Regierungserklärung Stoltenbergs, die er dieser Tage abgab, diese umfassenden Probleme in Schleswig-Holstein gelöst werden können, muß ernstlich bezweifelt werden.

( cc/ex/27.5.1971/ks)

1. Fortsetzung und Schluß)

Gefahrenquelle: Kraftfahrzeugabgase  
-----

Die Bundesregierung wird aktiv

Von Professor Dr. Karl Bechert SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Jugend/Familie/Gesundheit

Der Bundesrat dagegen bittet die Bundesregierung, bei der NATO darauf hinzuwirken, daß die NATO-Regelung den Erfordernissen des Gesetzentwurfes angeglichen wird. Er weist auf eine Empfehlung der Nordatlantischen Versammlung vom 6. bis 10. November 1970 hin, die vorgeschlagen hat, so schnell wie möglich Bestimmungen zu schaffen, die eine Verwendung von Blei als Benzinzusatz verbieten. Die Bundesregierung hat darauf geantwortet, daß sie "bereits Schritte eingeleitet" habe, "um die Herabsetzung des in der NATO-Spezifikation für Ottokraftstoffe genannten Bleigehalts" (von 0,84 g je Liter) "zu erreichen". Hoffen wir das Beste!

Zur Sache selbst ist zu sagen: In einem Schreiben an mich vom 11. Oktober 1967 hat das Bundesgesundheitsministerium mitgeteilt, daß die Raffinerien in der Bundesrepublik, die fast ausschließlich zu den großen Treibstoffkonzernen gehören, Einrichtungen zur Erzeugung kloppfester Treibstoffe mit geringem Bleigehalt besitzen. Sie lieferten schon damals Benzine mit weniger als 0,16 g Blei je Liter. Die Gruppe dieser großen Firmen in der Bundesrepublik umfaßt 11 Firmen, daneben gibt es 17 mittlere und schließlich noch 17 kleinere Firmen; die letzteren von nur regionaler Bedeutung, die Normal- und Superbenzin für hoch verdichtete Motoren von etwa 0,13 g Blei je Liter liefern können. Doch könnten, sagt das Ministerium, in einer nicht geringen Zahl von Fällen - bei mittleren und kleineren Firmen - Schwierigkeiten bei der Umstellung auf geringen Bleigehalt entstehen. "Die Verminderung der Bleizusätze kann daher nur in einer wirtschaftlich angemessenen Frist realisiert werden." Ich finde, darauf hat der Bundesrat die richtige Antwort gegeben. Den Firmen war seit langem bekannt, daß die Bleibelastung der Luft durch die Kraftfahrzeuge eine einschneidende Änderung verlangt. Wer so lange gewartet hat, bis er zu einer Änderung der Erzeugung gezwungen wird, der soll auch die wirtschaftlichen Folgen dafür tragen.

Es gibt aber in diesem Zusammenhang noch andere Fragen zu lösen. Da sind, wie es auch der Bundesrat erwähnt, weitere gesundheitsschädliche Stoffe in den Abgasen: Kohlenmonoxyd, ein geruchloses, unsichtbares giftiges Gas, das schon in geringen Mengen tödlich wirkt. Vergiftungen im Wageninneren bei undich-

tem Motor gehen auf sein Konto, wie auch Todesfälle durch Kohlenöfen mit ungenügender Luftzufuhr. In den Abgasen sind ausserdem krebserzeugende Kohlenwasserstoffe enthalten, wie das berüchtigte Benzpyren, zudem Ruß und Stickstoffverbindungen. Der Kongreß "Reinhaltung der Luft" des Vereins deutscher Ingenieure hat 1969 festgestellt und empfohlen:

1. Durch spezielle Vorrichtungen läßt sich der Kohlenmonoxyd-Anteil der Abgase auf ungefährliche Mengen herabsetzen;
2. durch sinnvolle Steuerung des Verbrennungsvorganges ist es möglich, die Kohlenwasserstoffe bis auf geringe, gesundheitsunschädliche Mengen zu reduzieren;
3. der Auswurf von Rußteilchen kann weitgehend vermieden werden;
4. die zur Herabsetzung der schädlichen Stoffe erforderlichen Vorrichtungen befinden sich entweder in den Gemischbildungssystemen (Vergaser oder Einspritzeinrichtungen) oder hinter den Auslaßventilen, wo durch Luftzufuhr, mit oder ohne Katalysator, eine Nachverbrennung der giftigen Stoffe erzielt wird."

Vor allem muß, wie es auch der Bundesrat vorschlägt, die Kraftfahrzeugsteuer geändert werden. Die jetzige Besteuerung des Hubraumes hat wesentlich zur Luftbegiftung durch Kraftfahrzeuge beigetragen. Darüber sind sich alle Fachleute einig.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat als Ergebnis der Arbeit eines Unterausschusses des Ausschusses für angewandte Forschung bereits im Winter 1966/67 bekanntgegeben, daß Entwicklung und Bau von serienreifen Elektrospeicherfahrzeugen auch auf der Straße sofort möglich sei, wenn man sich bei diesen Fahrzeugen mit Akkumulatoren auf innerstädtischen Einsatz, mit einem Fahrbereich von etwa 100 km, beschränkt. "Schon damit könnte ein Markt von mehreren Milliarden DM allein in der Bundesrepublik Deutschland erschlossen werden," sagt die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Sie fordert, "diese Entwicklung schon heute möglichst schnell und unter vorläufiger Beschränkung auf den Nahverkehr zu beginnen." Eine solche Entwicklung würde die Umweltverschmutzung durch Abgase erheblich verringern. Elektrofahrzeuge sind ausserdem geräuscharm, was ein weiterer wichtiger Vorzug ist. Denn die Geräuschbelastung durch die heutigen Kraftfahrzeuge und Motorräder geht häufig über die Grenzen des Erträglichen hinaus. Die Forschungsgemeinschaft betont ausserdem mit Recht, daß der Raubbau an den Ölvorräten der Welt, wie er jetzt geschieht, die Entwicklung anderer Antriebsarten für Verkehrsfahrzeuge zwingend notwendig macht. Die Ölpreisverhandlungen der letzten Monate sollten uns gezeigt haben, wie abhängig wir von der Öleinfuhr sind, solange wir uns nicht darauf besinnen, daß andere Energiequellen genutzt werden können als Öl, das wir besser für wichtige Verwendungszwecke in der Industrie statt für die unsinnig vielen ölverbrennenden Kraftfahrzeuge benutzen sollten.